

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den Schlagzeilen sind es nur Cent und Prozent, wenn sich die Energiepreise mal wieder erhöhen. Tatsächlich aber müssen sich immer mehr Menschen Sorgen machen, wie sie Strom-, Heiz- und Tankrechnungen bezahlen können. Für manche bedeutet es die Schuldenfalle oder der Strom wird einfach abgestellt. Das Thema „Energiearmut“ ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen und gefährdet meiner Meinung nach unser ökologisches Anliegen.

Gerade wir als Öko-Partei müssen diese Signale aus der Gesellschaft aufnehmen, wenn wir es mit der Nachhaltigkeit ernst meinen. Nur wenn es uns gelingt soziale Verwerfungen zu vermeiden, können wir die Menschen von unseren ökologischen Konzepten überzeugen.

Energieeinsparung allein kann nicht die Antwort sein. Und eine Rückkehr zu den Zeiten billiger Energie können und wollen wir auch nicht versprechen. Wir diskutieren gerade einen Energiespar-Bonus. Zusätzlich könnte ich mir eine günstige Grundenergie für alle vorstellen. Denn eine ökologisch und sozial gerechte Energiepolitik garantiert den Grundbedarf und senkt den hohen Energieverbrauch durch Verteuerung auf ein umweltverträgliches Maß.

Aber eines muss uns dabei bewusst sein: Wir doktern hier nur an Symptomen rum, denn diese Entlastungen sind nur notwendig, weil unser Sozialsystem nicht mehr funktioniert. Fakt ist nämlich nicht nur der Klimawandel, sondern ebenso der Wandel der sozialen Marktwirtschaft. Immer weniger steht der Mensch im Mittelpunkt. Die Folge sind Arbeitslosigkeit, geringe Löhne, Angst und Unsicherheit. Steigende Energiepreise verstärken nur den Trend wachsender Armut. Ich meine – Klimaschutz ohne Armutsbekämpfung funktioniert nicht.

Aber steigende Armut darf nicht zu dem alten Reflex führen, dass immer noch mehr Menschen Zuschüsse beantragen müssen. Damit muss endlich Schluss sein - denn nichts fördert verdeckte Armut stärker.

Ich lüfte kein Geheimnis, wenn ich perspektivisch ein grünes Grundeinkommen als die beste Lösung ansehe. Wir müssen Antworten finden, die alle Menschen erreichen und alle Menschen gleich behandeln – unbürokratisch, auf gleicher Augenhöhe und ohne Stigmatisierung.

Aber auch mit der beschlossenen Grundsicherung haben wir ein wirksameres Konzept als alle anderen Parteien. Keine Frage - wir brauchen dringend den Ausbau der sozialen Infrastruktur von der Bildung über die Kinderbetreuung

bis hin zur Arbeitsmarktpolitik - damit Teilhabe- und Chancengerechtigkeit zukünftig keine leeren Worthülsen bleiben. Aber auch materielle Leistungen sind notwendig. Wir fordern einen Mindestlohn und die Erhöhung des Arbeitslosengelds II. Das reicht aber nicht. Wir brauchen zusätzlich eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut und ebenso eine Grundrente gegen Altersarmut. Der Sozialstaat ist für mich keine Gefühlsduselei, sondern die klare und nüchterne Pflicht, all denen zu helfen, die heute in Not sind.

In diesem Zusammenhang müssen wir endlich wieder unsere grüne Idee der Bürgerversicherung in den Mittelpunkt stellen. Stärkere haben zur gesellschaftlichen Solidarität mehr beizutragen als Schwächere, dann funktioniert auch die Finanzierung.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich als Fachpolitikerin. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind meine Kernthemen, dafür setze ich mich leidenschaftlich nicht nur im Landesvorstand ein. Früh habe ich konstruktive Kritik an der Umsetzung von Hartz IV formuliert und um arbeitsmarktpolitische Alternativen geworben. Mit dem grünen Grundeinkommen konnte ich auch bei der BDK in Nürnberg Akzente setzen. Der Einsatz hat sich gelohnt. Heute ist die Kritik an Hartz IV Konsens in unserer Partei und große Teile meiner Arbeitsmarktprogrammatische sind grüne Beschlusslage.

Meine Themen kommen nicht von ungefähr. Als selbstständige Sozialpädagogin berate ich soziale Träger bei Arbeitsmarktprojekten. Tagtäglich bin ich nicht nur mit den Auswirkungen der politischen Rahmenbedingungen konfrontiert, sondern ebenso mit den Notwendigkeiten aus Sicht der Erwerbslosen, der Unternehmen sowie der Kommunen. Meine politischen Ziele basieren somit auf beruflichen Erfahrungen.

Liebe Delegierte,

bei der Bundestagswahl müssen wir GRÜNEN geschlossen und glaubwürdig mit mutigen politischen Forderungen und Konzepten antreten – ohne den Blick auf mögliche Koalitionen zu richten. 2 Beispiele:

1. In der Friedenspolitik werden wir noch ein bisschen streiten müssen. Meine Position dabei ist eindeutig. Ich stehe für ein Ausstiegsszenario in Afghanistan, wie in Göttingen beschlossen. Wir müssen der Afghanistan-Politik der Bundesregierung die rote Karte zeigen.

2. Die grüne Energiewende ist und bleibt das einzige Konzept, das Klimaschutz, globale Konfliktvermeidung und Arbeitsplätze miteinander verbindet. Wir bleiben die Anti-AKW-Partei. Aber auch neue, zusätzliche Kohlekraftwerke lehne ich aus klimapolitischen Gründen ab.

Zudem bin ich fest davon überzeugt, dass ein deutliches sozialpolitisches Profil unsere Chancen bei der Bundestagswahl UND im neuen 5-Parteien-System erhöht. Wir müssen die soziale Gerechtigkeit mehr in den Mittelpunkt rücken, denn mit der Agenda 2010 und Hartz IV haben wir an Vertrauen verloren.

Die Mehrheit der Bevölkerung kritisiert Hartz IV. Vor allem aber ist das gesellschaftliche Klima kühl geworden. Sind Menschen länger arbeitslos, werden sie übergeleitet an die Job-Agenturen und Fallmanager, die zwar viel fordern, aber letztendlich nicht fördern können, weil es die Jobs für die Menschen gar nicht gibt. Vor diesem Hintergrund sind Sanktionen für mich blanker Zynismus. Nicht Sanktionen bringen die Menschen in Arbeit, sondern nur das Aufzeigen von Perspektiven.

Erschreckend finde ich zudem die Diskussion dass ein physisches Existenzminimum ausreiche. Da läuft es mir als GRÜNE eiskalt den Rücken runter. Ich stehe für ein sozio-kulturelles Existenzminimum – alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde.

Obwohl die Arbeitslosenzahlen gesunken sind ist die Sockelarbeitslosigkeit gestiegen. In meiner Arbeit gestalte ich Angebote für Erwerbslose. Vor allem bin ich auch Finanzlerin – nicht nur bei uns Grünen. Meine Arbeitsmarktprojekte passen zu den Erwerbslosen, sie sind zielgerichtet und vor allem sauber durchgerechnet. Eine effektive Arbeitsförderung ist also möglich und auch bezahlbar.

1. Wir brauchen keine arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die einengen – sondern Freiheit und Gestaltungsspielräume, denn Unterstützungsangebote müssen zu den Erwerbslosen passen – nicht umgekehrt.
2. Schon lange fordere ich eine echte geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und zwar unbefristet. 1-Euro-Jobs kosten viel Geld und bewirken wenig.
3. Für Frauen brauchen wir eine geschlechtssensible Arbeitsförderung. Obwohl die europäische Beschäftigungsstrategie die Gleichstellung als integrativen Bestandteil formuliert, sehe ich hier bei der Agentur für Arbeit noch extremen Reformbedarf.

4. Kurzfristige Angebote für junge erwerbslose Menschen sind volkswirtschaftlicher Unsinn. Die Agentur für Arbeit muss ausschließlich in Ausbildung investieren. Viel zu viele junge Menschen – insbesondere MigrantInnen – bleiben ohne Ausbildung. Sie sind die Langzeitarbeitslosen von morgen. Als Bundestagsabgeordnete möchte ich ein besonderes Anliegen angehen - ein Jugendfördergesetz, verbunden mit einem Recht auf Ausbildung.

Liebe Freundinnen und Freunde,

alle reden derzeit über soziale Gerechtigkeit, insbesondere vor der Bundestagswahl. Entscheidend aber ist – wer meint es ernst, was wird tatsächlich gemacht und vor allem welches Menschenbild liegt dem zugrunde. Für mich sind Menschen kein Kostenfaktor. Der Wert eines jeden Menschen liegt im Menschen selbst. Wir brauchen eine solidarische Sozialpolitik auf Augenhöhe für all diejenigen, die in den Rissen unserer Gesellschaft leben. Nur so können wir mit ökologischen Konzepten überzeugen und die Spaltung in unserer Gesellschaft ein Stück weit überwinden.

Liebe Delegierte,

wer Politik gestalten will, braucht Perspektiven für den nächsten praktischen Schritt – mit diesem Motto mache ich nun seit fast 20 Jahren grüne Politik – neben meinem Job und der Familie – als Kommunalpolitikerin, im Landesvorstand, als Wahlkämpferin, im Bundesfinanzrat und bei Gewerkschaftsgrün.

Ich bin bekannt für klare und ehrliche Worte und verfüge über einen langen Atem. Im Wahlkampf möchte ich zusammen mit euch zeigen, dass wir GRÜNEN mutig und eigenständig sind und zukunftsweisende Lösungen anbieten. Wir stehen für Nachhaltigkeit – in der Ökologie und bei den Finanzen.

Ich möchte aber auch zeigen, dass wir GRÜNEN eine Partei sind, die mit viel Herz und Kompetenz die Menschen und ihre Anliegen ernst nimmt – insbesondere in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Wir GRÜNEN sind grün und auch sozial - dafür stehe ich und dafür bitte ich euch um eurer Vertrauen.